

U
**VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER**

BSPW-M3/ME 

An das
Präsidium des
Nationalrates
P A R L A M E N T
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi.	<i>26. GE 9 PP</i>
Datum:	02. MAI 1988
Verteilt	<i>4. MAI 1988</i>

Wolfgang
Pr. Präsident

1988 04 27
Mag.Sc/stef/279

GZ. 00 0212/7-V/1/88
Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)

Dem Ersuchen des Bundesministeriums für Finanzen entsprechend erlaubt sich die Vereinigung österreichischer Industrieller, dem Präsidium des Nationalrates 22 Exemplare ihrer im Betreff genannten Stellungnahme zu übermitteln.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Schicht
(Mag. K. Schicht)

Hartung
(Mag. H. Hartung)

Beilagen

VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER



An das
Bundesministerium
für Finanzen
Himmelpfortgasse 4-8
1015 Wien

1988 04 27
Mag.Sc/stef/277

GZ. 00 0212/7-V/1/88
Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Zeichnung von zusätzlichen Kapitalan-
teilen bei der Internationalen Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)

Die Vereinigung österreichischer Industrieller dankt dem Bundesministerium für Finanzen für die Übermittlung des Entwurfes eines Bundesgesetzes über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) samt Erläuterungen.

Angesichts der Verschuldungssituation der Länder der Dritten Welt und der zentralen Rolle der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung als Financier dieser Länder sowie als Katalysator für zusätzliche Kapitalflüsse spricht sich die Vereinigung österreichischer Industrieller für die vorgesehene Zeichnung von 4.854 Kapitalanteilen aus, wovon ein Betrag von 17.566.868,70 US-Dollar in drei Jahresraten bereitzustellen ist, der Rest als Haftkapital.

Nach Auffassung der Industriellenvereinigung erbringt die IBRD als bedeutendste internationale Finanzierungsinstitution auf dem Gebiet der Entwicklung von Ländern der Dritten Welt umfangreiche Leistungen, zu denen auch die österreichische Exportindustrie durch ihre Lieferungen von Gütern und Know-how beiträgt. Die Mitwirkung der österreichischen Industrie an von der IBRD mitfinanzierten Projekten er-

- 2 -

scheint jedoch noch ausbaufähig. Daher ersucht die Industriellenvereinigung das Bundesministerium für Finanzen, eine Einbindung der österreichischen Industrie in diesem Bereich auch in Zukunft nachhaltig zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wäre aus der Sicht der Industrie weiters eine möglichst zügige Ausschöpfung der Möglichkeiten des zwischen der Republik Österreich und der IBRD abgeschlossenen Kofinanzierungsabkommens zu begrüßen.

Dem Ersuchen des Bundesministeriums für Finanzen entsprechend werden 22 Exemplare dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER


(Mag. K. Schicht)


(Mag. H. Hartung)